

Volle Alte Turnhalle: Bürgerinitiative Mitbestimmung-Fhain diskutiert Verkehrskonzept mit Politik, Polizei und Nahversorgung

3. Infoveranstaltung der BI Mitbestimmung-Fhain am 1. Juni 2026 in der Alten Turnhalle Friedrichshain – breite Podiumsdiskussion mit allen BVV-Fraktionen

Berlin, 1. Juni 2026. Die Bürgerinitiative Mitbestimmung-Fhain (MBF) hat am Montagabend ihre dritte öffentliche Infoveranstaltung in der Alten Turnhalle, Holteistraße 6–9, durchgeführt. Rund 230 Bürgerinnen und Bürger aus dem Ostkreuz-Kiez diskutierten mit Vertreterinnen und Vertretern aller BVV-Fraktionen sowie Gästen aus Polizeigewerkschaft, Einzelhandel und Zivilgesellschaft über das umstrittene Verkehrsberuhigungskonzept im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

Themen des Abends: Einwohnerantrag, Umsetzungsprobleme und Bürgerbeteiligung

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen drei Schwerpunkte: die Auswirkungen des bisherigen Verkehrskonzepts auf den Kiez, der aktuelle Stand des Einwohnerantrags von MBF sowie die Frage, wie Bürgerbeteiligung im Bezirk künftig verbindlich gestaltet werden kann.

MBF-Sprecherin Jutta Odarjuk präsentierte eine detaillierte Analyse: Das aktuelle Konzept zielt zwar richtigerweise auf die Reduktion von Durchgangsverkehr und mehr Fußverkehrssicherheit ab – die gewählten Maßnahmen (Diagonalsperren, Poller, Einbahnstraßen) führten jedoch faktisch zu einer Abriegelung ganzer Kiez-Bereiche, zu erheblichen Umwegen für Anwohner und zur Verlagerung des Verkehrs auf Hauptstraßen. Gleichzeitig fehlten Gehwegsanierungen, Baumnachpflanzungen sowie Gestaltungskonzepte für neu entwidmete Flächen.

Bisher wurden über 1.400 Unterschriften für den Einwohnerantrag gesammelt – mehr als die erforderlichen 1.000 gültigen Unterschriften. MBF plant, den Antrag nach der Bezirksverordnetenwahl im September 2026 einzureichen, um ihn in der neuen Legislaturperiode behandeln zu lassen.

Breites Podium: Alle BVV-Fraktionen sowie Polizei und REWE am Tisch

An der Podiumsdiskussion nahmen teil:

- Olja Koterewa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Marita Fabeck (CDU)
- René Perez-Dominguez (DIE LINKE)
- Arlett Weckowski (FDP)
- Thomas Giebel (SPD)
- Dennis Henkelmann (REWE – selbstständiger Kaufmann zweier Märkte im Kiez)
- Florian Reichert (GdP – Gewerkschaft der Polizei, Kiezpolizist Friedrichshain)

Die Initiative MBF wurde von Lutz Löffler vertreten.

Stimmen vom Podium

Florian Reichert (GdP) machte auf gravierende Sicherheitsmängel aufmerksam: Polizei und Feuerwehr seien bei der Planung der Pollersetzungen nicht einbezogen worden. Durch festgerostete oder schlecht zugängliche Poller sowie fehlende Beschilderung entstünden

Hindernisse für Einsatzfahrzeuge. Er forderte die verbindliche Einbindung von Polizei, Feuerwehr und BSR in künftige Verkehrsplanungen.

Dennis Henkelmann (REWE) berichtete von Kommunikationsproblemen mit dem Bezirk und appellierte für mehr Transparenz: Er hätte sich frühzeitig in Planungsprozesse einbezogen werden wollen. Die Erreichbarkeit seines Markts für Kundinnen und Kunden habe sich durch die Maßnahmen verschlechtert.

René Perez-Dominguez (DIE LINKE) legte dar, dass der ursprüngliche Einwohnerantrag von 2021 ausdrücklich ein Beteiligungsverfahren als Voraussetzung für weitere Maßnahmen gefordert habe. Im Begleitantrag der späteren Verwaltungsmehrheit sei dieser Punkt jedoch weggefallen – stattdessen seien lediglich bestimmte bereits aktive Initiativen als unterstützende Akteure benannt worden, während andere Bürgerinnen und Bürger allenfalls durch Aushänge informiert worden seien. Er habe damals einen konkreten Änderungsantrag gestellt, der ohne inhaltliche Debatte abgeblockt worden sei. Die LINKE sehe jetzt die Chance, echte Beteiligung nachzuholen, und werde den Einwohnerantrag unterstützen – mit dem Ziel, eine breit getragene Verkehrsberuhigung umzusetzen, die tatsächlich für alle funktioniere.

Olja Koterewa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) verteidigte das Konzept grundsätzlich und betonte, dass die Grünen Verkehrsberuhigung als notwendigen Schritt hin zu mehr Klimagerechtigkeit und Lebensqualität im dichtbesiedelten Kiez befürworteten. Sie räumte jedoch Umsetzungsprobleme ein: Immer wieder wegbrechende Finanzierungen verhinderten eine zügige Gesamtumsetzung, was zu den beklagten Teilmaßnahmen ohne sichtbaren Gesamteffekt führe. Eine Evaluation sei nach Abschluss aller drei Konzeptphasen geplant; Anpassungen seien dann möglich, etwa um ungewollte Verlagerungseffekte zu korrigieren. In der aktuellen Form könne sie dem Einwohnerantrag nicht zustimmen, da dieser aus grüner Sicht dem Ziel der autoarmen Stadt entgegenstehe.

Thomas Giebel (SPD) betonte, dass das eigentliche Kernthema des Abends nicht die Verkehrsberuhigung an sich, sondern das Beteiligungsverfahren sei. Er sehe durchaus Handlungsbedarf bei maroden Gehwegen und beobachte selbst Problemlagen im Kiez. Beteiligung dürfe nicht bedeuten, einen Aushang zu machen und die Pflicht als erfüllt zu betrachten – die Menschen müssten wirklich mitgenommen werden. Er sprach sich dafür aus, künftig stärker mit niedrigschwelligen Maßnahmen zu beginnen, bevor eingriffsintensivere Lösungen wie Poller gesetzt würden. In der Fraktion werde er sich dafür einsetzen, den Einwohnerantrag ernsthaft zu prüfen und die darin enthaltenen Anliegen aufzugreifen.

Marita Fabeck (CDU) übte grundsätzliche Kritik am Konzept: Viele Anwohnerinnen und Anwohner seien vor vollendete Tatsachen gestellt worden, ohne ausreichend informiert oder beteiligt worden zu sein. Sie betonte, dass die Maßnahmen sehr massiv in den Alltag von über 42.000 Menschen eingriffen. Die CDU stehe zum Einwohnerantrag und werde ihn in der neuen Legislaturperiode unterstützen. Zugleich räumte sie ein, dass die Zuständigkeiten zwischen Bezirk und Senat die Situation erschwerten, und sicherte zu, die Themen aus dem Ostkreuz-Kiez weiter auf Landesebene zu tragen.

Arlett Weckowski (FDP) sprach sich für einen kompromissorientierten Ansatz aus: Sie sehe durchaus positive Einzelmaßnahmen, kritisiere aber die fehlende Gesamtstrategie und die Spaltung des Kiezes in verfeindete Lager. Das Beteiligungskonzept sei der richtige Weg – Planung müsse frühzeitig und auf Augenhöhe mit den Anwohnenden erfolgen. Die FDP signalisierte klare Zustimmung zum Einwohnerantrag und sprach sich dafür aus, auch autoabhängigen Menschen – etwa pflegenden Angehörigen oder Familien – ihren Bedarf ohne Rechtfertigungsdruck zuzugestehen.

Lebhafte Publikumsdebatte

Anwohnerinnen und Anwohner schilderten konkrete Beeinträchtigungen: erheblich verlängerte Fahrzeiten durch Umwege, stark gestiegener Parkdruck, überlastete Hauptstraßen als Ausweichrouten sowie fehlende Haltemöglichkeiten für Lieferungen, Pflegedienste und mobilitätseingeschränkte Personen. Gleichzeitig berichteten andere Bewohnende von deutlich verbesserter Wohnqualität durch weniger Durchgangsverkehr. Die breite Debatte zeigte: Das Thema Bürgerbeteiligung ist der zentrale Streitpunkt – nicht die Frage der Verkehrsberuhigung an sich.

Forderungen der Initiative

Mitbestimmung-Fhain fordert:

- Sofortiger Stopp weiterer Maßnahmen in der bisherigen Form
- Priorisierung von Gehwegsanierung und Pflege von Grünflächen und Spielplätzen
- Verbesserung der Durchlässigkeit für Anliegerverkehr durch niedrigschwellige Maßnahmen
- Bedarfsgerechte Entscheidungen über Parkplätze
- Kein Ausbau von Fußgängerzonen ohne vorherige partizipative Gestaltungskonzepte
- Verbindliche und frühzeitige Bürgerbeteiligung nach den Berliner Leitlinien

Ausblick

Der Einwohnerantrag wird bis September 2026 weiter gesammelt und nach der Bezirksverordnetenwahl eingereicht. MBF lädt alle Interessierten zu den monatlichen Vernetzungstreffen ein (jeden zweiten Montag im Monat, Wühlichstraße 40).

Pressekontakt

Bürgerinitiative Mitbestimmung-Fhain (MBF)

Web: www.mitbestimmung-fhain.de